

Konkret 10/74, S. 7

Walter Jens

Lieber in der Front des Volkes, als im Hintern der Reaktion

**Ein später Geburtstagsartikel zum 25jährigen Grundgesetz von Professor
Walter Jens**

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind fünfundzwanzig Jahre, in denen die Erkenntnis der ersten Stunde nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht realisiert worden ist. Eine Erkenntnis, die da lautete: Erst dann ist der Faschismus endgültig überwunden, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung, auf deren Fundament er sich entfaltetete, überwunden worden ist.

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind, auf Seiten der anno 47 und anno 74 die These Rosa Luxemburgs (Keine Demokratie ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Demokratie!) vertretenden Intellektuellen, fünfundzwanzig Jahre, in denen die in tausend Jahren versäumten Lektionen mühsam nachgeholt werden mußten: Wären wir erfahrener auf dem Feld der Politökonomie gewesen, wir alle, dann hätten wir den Charakter der Restauration hierzulande leichter durchschaut, wären nicht so lange einer Ideologie aufgesessen, die das Wesen der Klassengesellschaft hinter dem Schein einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft (später: Leistungsgesellschaft) versteckt, hätten nicht das Gemeinwohl mit dem Wachstum des Sozialprodukts auf der Basis privatkapitalistischer Gewinnanhäufung identifiziert, hätten mehr politisch, mehr in der Nachfolge Büchners und Heines, und weniger moralisch, wie Marquis Posa, argumentiert: Hätten zum Beispiel, als Konrad Adenauer um der Eingliederung der Bundesrepublik ins westliche Bündnissystem willen Landeskinder als Soldaten anbot, nicht nur wie jener Kammerdiener aus »Kabale und Liebe« gesprochen, der seiner Lady Milford das Elendslos verkaufter Untertanen ausmalt. (Das cui bono der Transaktion durchschauten wir nicht; ihr Geschäfts-Charakter blieb uns verborgen.)

Fünfundzwanzig Jahre Bundesrepublik: Das sind fünfundzwanzig Jahre, in denen nicht wir Radikaldemokraten weiter nach links, sondern Gewerkschaften und Parteien immer weiter nach rechts gegangen sind - so weit, daß einem ehrlichen Ahlener Christdemokraten heute die Sozialdemokratische Partei wie eine Palastwache des Großkapitals erscheinen muß. Denn Grundgesetz und Ahlener Programm haben das eine gemeinsam: Daß die behutsame Formulierung von damals heute den Charakter einer radikalen Pointe gewonnen hat. Einst Ausdruck eines Klassen-Kompromisses, heute auf Systemveränderung abzielende Papiere! Die These der Ahlener, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung den Interessen unseres Volkes nicht gerecht geworden sei und daß kapitalistisches Macht- und Gewinn-Streben nietet Ziel und Inhalt der staatlichen Neuordnung in Deutschland sein können: Welcher Jungsozialist kann dergleichen im Jahr 1974 noch sagen, ohne von seinen Partei-Obernen als »Spinner«, »Heilsteterer« und »Linksradikaler« an den Pranger gestellt zu werden?

Und dann erst das Grundgesetz! Mit seinem Verzicht auf eine Identifikation von freiheitlicher und privatkapitalistischer Ordnung, mit seinen Sozial-Geboten, seiner Neutralität in Wirtschaftsfragen, die es gestattet, dem Sozialismus mit einer bescheidenen Bundestags-Mehrheit Türen und Tore zu öffnen! Das Grundgesetz mit seiner Betonung jenes Parteienprivilegs, das die wahren Verfassungsfeinde, im

Kampf mit den vermeintlich »Radikalen«, heute einer imaginären Treuepflicht von Beamten, Richtern und Soldaten unterordnen wollen!

Wie sollte es uns nicht dazu verleiten, dieses Gesetz, dem, an den Manifestationen von Filbinger, Strauß und Dregger gemessen, der Charakter einer bürgerlich-radikalen Erklärung zukommt . . . wie sollte es uns nicht dazu verleiten, immer von neuem jene Alternative zur bestehenden Ordnung zu formulieren, die der große Staatsrechtler der Weimarer Republik, Hermann Heller, zu der Formel zugespitzt hat: „Entweder wird der liberale Rechtsstaat in einen sozialen verwandelt oder man verzichtet eines Tages um der Erhaltung wirtschaftlich privilegierter Gruppen willen auf Rechtsstaat und Demokratie?“

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind fünfundzwanzig Jahre, in denen die Kluft zwischen der Verfassungsnorm und der Verfassungswirklichkeit immer größer wurde. Wer gesehen hat, wie reibungslos das Zusammenspiel zwischen der Autoindustrie und ihren christlichdemokratischen Agenten funktionierte; wer miterleben mußte, mit welcher Unbekümmertheit Sozialliberale in einem Augenblick von »sozialer Marktwirtschaft« sprachen, wo die multinationalen Konzerne auch dem letzten Erhard-Jünger vor Augen führten, wie der Spätkapitalismus *in praxi* zu arbeiten pflegt: durch ein Diktat von Mächtigen, durch ein Zusammenspiel von Monopaten, die Markt und Konkurrenzprinzip längst außer Kraft gesetzt haben; wer die Verneinung führender Sozialdemokraten vor den großen Wirtschaftsbossen mit den Tritten gegen jene Jungsozialisten vergleicht, die heute die CDU-Thesen von 1947 hinter vorgehaltener Handflüstern müssen - der wird nicht länger um die Feststellung herumkommen können, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, wo die mangelnde Wirtschaftsdemokratie auch zu einer akuten Bedrohung der politischen Ordnung geführt hat. Schon sprechen die Vertreter des Obrigkeitsstaates - vor einigen Jahren war's noch undenkbar - in aller Offenheit davon, daß es Grenzen der Demokratisierung gäbe, ja, daß die Demokratie unter Umständen suspendiert werden müsse, wenn eine Gruppe es wagen sollte, wirtschaftliche Privilegien von Minoritäten in Frage zu stellen:

Darum das Preislied auf die chilenische Junta, darum, mit dem Blick auf das KZ von Santiago, die Warnung an die Sozialisten in diesem Lande, darum das Pochen aufs politische Hausrecht der Wirtschaftsmagnaten. (Hände weg von der Mitbestimmung. Unternehmernacht bedeutet: Freiheit für alle. Gewerkschaftsmacht bedeutet: Unfreiheit. Wer nach ihr ruft, könnte die Garanten der Freiheit zwingen, sich zur Wiederherstellung der »verfassungsmäßigen Wirtschaftsordnung«, wenn's denn anders nicht geht, eines Joannides' oder Pinochets zu bedienen.) Die Reaktion hat das Debakel von 72 längst überwunden. Die Zeit, da die Mächtigen den Bogen überspannten und Sozialismus, im Zeichen des Klassenkampfes von oben, plötzlich kein Schimpfwort mehr war, ist längst vorbei. (Für ein paar Wochen lang waren die Bosse ganz klein; da kamen die Sozialliberalen und halfen ihnen- und den Funktionären der Amtskirche dazu - wieder auf ihre Beine.)

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind fünfundzwanzig Jahre Restauration. Kann man es also überhaupt noch realisieren, dieses Gesetz? Gesellschaftliche Reformen durchführen? *Behutsame*

Reformen, wohlgerneht: Reformen zum Beispiel, wie sie 1949 in den Wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes formuliert wurden? Reformen, die anno 47 systemfördernd waren und anno 74 systemüberwindend sein müssen - Reformen, die das Grundgesetz verlangt?

Um diese Reformen und dieses Gesetz zu verwirklichen, bedürfte es einer CDU, die zumindest nicht hinter den päpstlichen Sozialzyklen zurückbleibt. Es bedürfte einer SPD, die in französischer Weise zu argumentieren wagt: in der Art jener bürgerlichen Demokraten, denen das Wort »Volksfront« deshalb nicht als suspekt erscheint, weil es ihr ehrenhafter dünkt, an der Front des Volkes als im Hintern der Reaktion zu operieren. Es bedürfte einer DKP, die den italienischen oder französischen Weg zum Sozialismus akzeptiert und, was die DDR und die Sowjetunion angeht, den Aspekt »Kritik« nicht geringer bewertet als den Aspekt »Solidarität«. Einer DKP, die auch - und gerade! - an den Grenzpunkten (Frage der Partei: Diktatur des Proletariats oder Diktatur über das Proletariat? FraÙe der ‚bürgerlichen« Rechte. Frage der CSSR) eher marxistisch-wissenschaftlich als theologisch-idealistisch argumentiert. Einer DKP vom Schlage jener KPI, in deren Reihen man vor Monaten - das ist mehr als ein Bonmot! - Solschenizyns politische Torheiten mit dem Satz kommentierte: »Materialistisch gesprochen: Jedes Land hat die Opposition, die es verdient.«

Um das Grundgesetz zu verwirklichen, in unserem Land, bedürfte es der deutschen Konstellation von 1947 oder der französischen und italienischen Gruppierung von 1974. Im Augenblick also eine Utopie, wie es scheint. Ihrer eigenen besseren Vergangenheit untreu, vereinsamt unter liberaleren Bundesgenossen im westlichen Lager treibt die Bundesrepublik mehr und mehr in die politische Isolation.

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind fünfundzwanzig Jahre, an deren Ende die kalten Krieger - hinter die Position von 1848 zurückgehend - zu einer Totalrevision des Grundgesetzes aufrufen. Wenn die Moderatoren des ZDF-Magazins, die Ideologen der unheiligen Allianz von Großindustrie, politischer Reaktion und einer »Kirche á la Metternich « unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung beschwören, dann klingt das, als ob Cesare Borgia über die Bergpredigt spräche.

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Für Demokraten eine triste Bilanz.

Aber auch ein Appell.